

Posener Zeitung.

Nº 235.

Dienstag den 9. October.

1849.

Berlin, den 7. Oktober. Se. Majestät der König haben Alles genehmigt geruht: Dem Landgerichts-Präsidenten Christoph Ludwig Gottlieb Hoffmann zu Aachen den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Rektor an der Stadtschule in Spandau, Blischkowsky, dem bei der Armen-Direktion in Berlin angestellten Kanzlei-Inspektor Zbikowski und dem Prediger Pöper in Lüdershagen, Regierungs-Bezirk Stralsund, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Kantor und Lehrer Fahrnebach in Ahrensburg das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und den Regierungs-Assessor von Uster zum Regierungs-Rath zu ernennen.

Der General-Major von Bonin, ist nach Kiel und der General-Major und Commandeur der 8ten Kavallerie-Brigade, von Willisen, nach Karlsruhe abgereist.

Berlin, den 8. Oktober. Se. Majestät der König haben Alles genehmigt geruht: An die Stelle des früheren Gesandten, jetzigen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn v. Schleinitz, den bisherigen Unter-Staats-Secretair im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen von Bülow, zu Allerhöchstihrem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich Hannoverischen, am Großherzoglich Oldenburgischen, am Herzoglich Braunschweigischen und am Fürstlich Schaumburg-Lippischen Hofe zu ernennen.

Se. Durchlaucht der Herzog Karl von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, ist von Dresden hier angekommen. — Der Königl. außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Graf von Bülow, ist nach Hannover abgereist.

Deutschland.

Berlin, den 6. Oktober. In der gestrigen Kammeröffnung war viel die Rede von dem Abschied, welchen der Oberpräsident v. Patow erhalten haben soll. Seine Grundsteuerausgleichungs-Ansichten hatte man schon früher fallen lassen; die „N. Preuß. Zeit.“ hatte ihn schon längst zu den Vöchten geworfen und nun mußte er gar noch für das Steuerbewilligungsgesetz der zweiten Kammer stimmen. Man erzählt sich wenigstens, daß sein Abschiedsgesuch und die Bewilligung desselben mit seinem Verhalten als Abgeordneter zusammenhängt. Gewiß, zugleich Beamte sind, in eine schwierige Lage.

(C. C.) — Die Vorlagen der Regierung in der Polnischen Frage sollen jetzt zu einer Schlussberatung unterzogen sein und ist deren Einbringung in Kurzem zu erwarten. Die Polnischen Abgeordneten warten nur noch diese und die sich daran knüpfende Debatte ab, um dann gänzlich aus den Kammern zu scheiden.

(C. C.) — Herr v. Radowicz ist aus Erfurt hier wieder eingetroffen. — Herr Constantin Schinas, früher Kultus-Minister in Athen und Schwiegersohn des Ministers v. Savigny, ist zum Griechischen Gesandten in München ernannt.

(C. C.) — Dem Institute der Schutzmannschaft in Berlin steht, wie man vernimmt, für den Beginn des nächsten Jahres eine wesentliche Reform bevor. Das Personal dieser kostbaren Residenz-Polizei soll nämlich nicht nur erheblich vermindert werden, sondern auch in dem Organismus eine bedeutsame Änderung eintreten. Diese würde zunächst darin bestehen, daß die Schutzmannschaften auf die Polizeiviere Berlins entsprechend verteilt und mit dem betreffenden Polizeikommissarius dienstlich in Rapport zu stehen hätten. Die Straße-Polizei würde ihnen auch fernerhin vorzugsweise übertragen bleiben, jedoch nicht mehr in der bisherigen Weise, durch Aufstellung einzelner Posten in den Straßen, sondern durch Aussendung von Patrouillen, die sich immer auf ein einzelnes Polizeirevier zu beschränken hätten. Dies würde den Vortheil haben, daß die Schutzmannschaft dann nothwendig aufhört, eine Sonderpolizei, mit einer Art von Ausnahmestellung zu sein; ferner, daß durch Einziehung der Straßenposten dem Publikum eine unangenehme Empfindung erspart würde, diejenige nämlich, sich auf Schritt und Tritt polizeilich überwacht zu wissen; außerdem aber würden viele Anlässe zu Reibungen hinweggeräumt und endlich durch Einziehung der, dann meistens überflüssig werdenden, ungemein teuren Offizierstellen noch anderweit eine erkleckliche Ersparnis erzielt werden.

(M. Z.) — Gestern wurde der 78. Bezirks-Verein im Eldorado aufgelöst, weil das Buch „Nothe Briefe an einen schwarzweißen Staatsmann“ verlesen werden sollten.

— Beim diesmaligen Umzuge sind wieder mehrere zum Theil Orten verstreut aufgefunden worden.

Berlin, den 7. Oktober. (M. Pr. Z.) Der Vorsitzende des Handwerker-Vereins, Dr. Rits, ist aus Baden zurückgekehrt und warnte in der gestrigen Versammlung mit ernsten Worten vor jedem

Übergreifen in politische Fragen, das nur den Untergang des Vereins zur Folge haben könne. — Die Österreicher werden, wie Wiener Blätter melden, in dem bevorstehenden Deutschen Reichsfeldzuge gegen die armen Preußen halber eine ganz famose neue Erfindung in Anwendung bringen, welche die Preußischen Bündnadelgewehre ganz in den Hintergrund stellt. Es sind dies tragbare Kanonen, welche 30 Kanonenkugeln auf einmal losschießen. „Diese Kanonen sind ungefähr 3½ Fuß lang und werden unter dem Arm getragen; aber eine zweite Person muß zielen und abfeuern“. — Zur Lafette für diese „tragbaren Kanonen“ werden hauptsächlich die Ungarischen Grenadiere benutzt werden, die dergleichen etwaige Rippenstöße leicht vertragen können. — Die Breslauer Zeitungen enthalten die Anzeige von der vorläufigen Entbindung der Herren Elsner und Stein von ihren Schulämtern. — In Rastatt hatte Corvin, der Preußische Ex-Vientenant, aus historischem Interesse sich erst mit Hecker, dann mit Trüschler verplämpft, blos um als militärischer Schriftsteller einen Feldzug in der Nähe zu besetzen und demgemäß eine Schlacht aus eigener Erfahrung schildern zu können. Diesen rein historischen Standpunkt wenigstens hat Corvin in seiner Vertheidigungssrede vor dem Schwurgerichte eingenommen, und mit einer Dialektik, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, verfocht er diese allerdings etwas eigenhümlichen historischen Studien. Als ihm aus den Untersuchungs-Akten bemerkbar gemacht wurde, daß seine Badischen Geschichts-Forschungen sich auch auf Requisitionen fremden Eigentums erstreckt hätten, meinte er naiver Weise, wenn man einmal ein Amt übernommen habe, müsse man auch alle Obliegenheiten desselben erfüllen, und jene Requisitionen hätten ihm damals in seiner Stellung unter Trüschler obgelegen. — Jetzt, in seinem Gefängnisse, beschäftigt sich der Historiker der Revolution weniger mit Landkarten, als vielmehr mit — Spielkarten. — „Wir hoffen“, schreibt der „kunstige Bearbeiter“ des Ungarischen Artikels in der National-Zeitung, wir hoffen, schon in den nächsten Tagen im Stande zu sein, eine genaue strategische Darstellung der Kriegs-Ereignisse von der Schlacht bei Waizen bis zur Capitulation von Vilagos mittheilen zu können.“

— Wenn diese Darstellung eben so genau, eben so fachkundig, eben so erschöpfend ist, wie jene National-Beweisführung von der reinen Unmöglichkeit der Waffenstreckung Görgey's, so gratulieren wir den Lesern der National-Zeitung im Voraus zu der Fortsetzung jenes interessanten historischen Romans, den die National-Zeitung, anstatt in ihrem Feuilleton, unter den politischen Nachrichten aus Ungarn zu erzählen so zerstreut war. Die geistreiche Umschau, welche sie unter den andern Berliner Zeitungen aufstellt, macht der National-Redaktion leider so viel zu schaffen, daß sie darüber nicht selten den Balken ihrer eigenen Zeitung ganz aus der „Tragweite“ verliert. — Der Kreisbund ist jetzt mit Organisation von 30 Arbeits-Nachweissungs-Büreau für die Mitglieder des Bundes, entlassene Landwehrmänner und Militärs, beschäftigt. — F. v. Bülow, der, infofern er mit lateinischen Buchstaben schreibt, eben so gut ein alter Römer ist, als das im Schooße der Tante Voß sitzende Lambda ein alter Griech, predigt jetzt: „Eine Vernunftreligion“, die eben so klassisch ist, als die Vernunftpolitik des Lambda, das mit seinem Philosophen von sich sagen kann: „Von allen meinen Schülern hat mich nur Einer verstanden, und der hat mich mißverstanden.“ (N. P. Z.)

— Je länger das Preußische Militär in Hamburg bleibt, desto beliebter wird es bei den dortigen Bewohnern, die ihm ihrerseits mit der größten Gastfreundschaft entgegenkommen. — Bei der Revision des Schulwesens soll auch besonders darauf Rücksicht genommen werden, daß die Knaben besser, als bisher, in einer deutlichen Aussprache und überhaupt in der freien Rede ausgebildet werden.

— Bekanntlich haben 34 der hiesigen Buchdruckereibesitzer dem hieselbst einberufenen Buchdrucker-Congress ihre Anerkennung versagt und statt dessen zur Sicherung ihrer Schülern einen Statutentwurf durch einen aus der Mitte der Prinzipale gewählten Ausschuß entwerfen lassen. Dieser Ausschuß besteht aus den Herren R. Decker, G. Reimer, F. W. Gubitz, Ed. Krause, W. Möser, Julius Sittenfeld. Der Statutentwurf bezweckt eine vereinigte Kranken-, Alterversorgungs-, Reise- und Sterbekasse der Buchdrucker Berlins, in der Art, daß diese Kasse den Mitgliedern in Krankheitsfällen und bei eintretender gänzlicher Arbeitsunfähigkeit eine kräftige Unterstützung, so wie den Erbberechtigten derselben zum Begräbniß ein genügendes Sterbegeld und den hier durchsiedenden Buchdruckern ein angemessenes Reisegeld gewährleistet. Die Beitragslisten zu diesem Verein sind in den Druckereien jener 34 Prinzipale in Umlauf gesetzt worden. Die Beigetretenen werden sich demnächst mit den Prinzipalen in gemeinschaftlicher Beratung über den Statut-Entwurf definitiv verständigen. Von den Letzteren haben sich namentlich diejenigen, welche viele Gehülfen beschäftigen, große Opfer aufgerichtet. Bis vorgestern Mittag hatten, nach der gedruckten Liste, 286 Gehülfen ihren Beitritt zu dieser Kasse erklärt.

(Sp. Z.)

anftalt für das arme Proletariat, und es ist ihm zu diesem Behufe bereits ein nicht unbedeutendes Terrain im kleinen Thiergarten bei Moabit gegen Zahlung des Tarwerthes angewiesen worden.

(Voss. Ztg.)

— Die Zusammenrechnung der Einnahmen aus der hiesigen Gewerbeausstellung hat für die polytechnische Gesellschaft als Unternehmerin der Ausstellung einen Ertrag von 6763 Thlrn. 25 Sgr. 9 Pf. ergeben, nachdem bereits $\frac{2}{5}$ der Gesamteinnahme mit circa 4000 Thlrn. an die Besitzerin des Ausstellungslokals gezahlt sind. Der gesamte Ertrag beläuft sich also auf etwa 11,000 Thlr.

— Der Schwurgerichtshof verurtheilte gestern wieder zwei oft bestrafte Diebe, den einen zu lebenswürger, den andern zu dreijähriger Strafarbeit. Interessant bei der Verhandlung war die Vertheidigung des Angeklagten Meßker, der in tödlichen Redensarten seine einstudirte Rede herzusagen versuchte, dabei aber fortwährend stockte und so die Zuhörer in fortwährendem Lachen erhielt. Mit diesem Resultat schien er auch sehr zufrieden zu sein, denn trotz des Urtheils, welches ihn für seine Lebenszeit ins Zuchthaus liefert, verließ er mit heiterer Miene den Sitzungssaal.

— Der Oberbürgermeister von Brandenburg, Herr Ziegler, ist am 3. d. M. Abends wieder aus dem Militär-Arrest in seine Wohnung zurückgekehrt, wo er indes unter polizeilicher Aufsicht sich befindet und Hausarrest hat.

— Von vorgestern bis gestern Mittag sind 8 neue Choleraerkrankungen gemeldet, darunter 3 Todesfälle. Vom Bestande verstärken 2, Summa 5 Todesfälle. (Berl. N.)

Telegraphische Depeschen der „K. Z.“ Wien, den 1. October. „Schmerling soll nach dem beabsichtigten Austritt Schwarzenberg's mutmaßlich Confeils-Präsident werden. Als-dann wird man die März-Versöhnung für Groß-Deutschland wahrscheinlich modifizieren.“

Berlin, den 4. October. „Heute ist, wie es heißt, Österreichs Antwort auf Preußens Entwurf eingetroffen. Österreich schlägt nochmals Modifikationen vor. Im Ministerrathe fanden Berathungen statt und eine Verständigung soll wahrscheinlich sein.“

Breslau, den 4. Oktober. Der katholische Central-Verein hält jetzt häufig Sitzungen, die, wie es scheint, ziemlich besucht sind und viel Interesse erregen. Er hat in diesen Tagen zu dem in Regensburg stattfindenden katholischen Kongreß die H. W. Wick und Nadbyl als Deputierte gesandt, denen sich noch mehrere Herren freiwillig angeschlossen haben. Die Deutschkatholiken und deren Freunde feierten in diesen Tagen ein Erinnerungsfest an den ersten Kongressen Brief aus dem Jahre 1843. Herr Nees v. Esenbeck sprach bei dieser Gelegenheit. — Der aus Berlin bekannte Herr v. Holzendorff-Vietmannsdorff fordert hier (so berichtet die N. Oder-Zeit.) zur Bildung eines „Völkervereins“ auf.

Brieg, den 3. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts wurde der Steuer-Inspektor Schleehahn, wegen Majestätsbeleidigung angeklagt, von den Geschworenen freigesprochen. (Berl. N.)

Münster, den 3. Oktober. Die Untersuchungshaft Lemmels wird sich wahrscheinlich noch sehr lange verzögern, da das Gericht in der letzten Zeit die Vernehmung von Zeugen über des Angeklagten Wirksamkeit in Stuttgart, so u. A. die des Ministers Hömer, beschlossen hat. Lemme hat unter dem 18. des vorigen Monats an den Präsidenten des Appellationsgerichts eine Eingabe um Entlassung aus der Haft gerichtet, welche jetzt mehrere Blätter mittheilen. Es wird darin gefragt, daß die Untersuchungshaft nun schon zwölf Wochen dauere, daß seine Wirksamkeit offen vor aller Welt daliege, daß seine Haft streng sei und seine Gesundheit untergrabe, daß er endlich schon durch seine Rückkehr nach Münster gezeigt habe, daß er die Consequenzen seines Thuns nicht schneue ic. Die Eingabe ist übrigens ohne Erfolg geblieben.

Von der Eider, den 3. Oktober. (Berl. N.) Ich kann Ihnen die sichere Nachricht mittheilen, daß man im Dänischen Cabinet jetzt ziemlich fest entschlossen, auf keine Vorschläge, welche eine Theilung Schleswig's zum Zweck haben, einzugehen, sondern auf der Untheilbarkeit des ganzen Herzogthums zu bestehen.

Schleswig, den 4. Oktober. (H. C.) Die Frachtpost aus dem Norden wird zurückgehalten; große Militär-Anstalten sind hier getroffen. Ein Husarenpickett ist an dem Eingange der Chaussee bei dem Esselbachschen Hause, wo das Postcomtoir sich befindet, aufgestellt; eine Militärwache mit geladenen Flinten der Wohnung des Höchst-commandirenden gegenüber, errichtet. Unter solchen Vorbereitungen und Formen wird man heute wahrscheinlich einen Postmeister und Gott weiß was mehr uns aufzürden. Die Stadt ist noch durchaus ruhig. (Berl. N.)

Kiel, den 4. Oktober. Die Flensburger Landes-Berwaltung wird die Steuern durch Executionstruppen eintreiben lassen. (Berl. N.)

Flensburg, den 4. Oktober. Eine Gewaltthat der Landes-Berwaltung folgt jetzt der anderen. Das hiesige Casino, eine Gesellschaft von circa 250 Mitgliedern aus allen Ständen, ist gestern Abend auf Befehl der Landesverwaltung von Polizei wegen bis weiter geschlossen, und zwar war die nächste Veranlassung folgende: Wir beabsichtigen von hier eine Deputation mit einer Adresse an den König von Preußen zu senden. Die Adresse ist bereits ausgefertigt und auch mit mehreren hundert Unterschriften versehen. Jeden Abend wurde sie in den beiden letzten Tagen im Casino verlesen und von den Anwesenden unterschrieben. Gestern Abend sollte nun eine Haupt- und wo möglich Schlussezung stattfinden, deshalb hatte der Vorstand durch das „Wochenblatt“ und den Ostsee-Telegraphen eine außerordentliche Generalversammlung angezeigt und auch Nichtmitglieder ausdrücklich eingeladen, wie dies in ähnlichen Fällen früher häufig geschehen ist. Gegen 7 Uhr erhielt der Vorstand im Gesellschafts-Lokale ein Schreiben vom hiesigen Polizeiamt, durch welches auf Befehl der Landesverwaltung „sowohl

die heutige Versammlung untersagt, so wie das Casino überhaupt geschlossen“ wurde. Die Gesellschaft entfernte sich darauf und die vor der Thür harrenden Polizeidienner schlossen die Lokalitäten ab und stießen die Schlüsse zu sich. Damit war diese Scene vorüber. Wenn Tiliisch und Eulenburg übrigens glauben, der deutschen Bevölkerung Flensburgs hierdurch den Todesstoß gegeben zu haben, dann irren sie sich jämmerlich. Wenn die Beiden längst in Staub und Asche gefallen und vergessen sind — dann erst wird man hier nicht die geringste Spur einer Dänischen Sympathie antreffen. — Durch die Schließung des Casino's hat übrigens der Preuß. Kommissar klar und deutlich auf die ihm kürzlich überreichte Adresse geantwortet. (Nat. Ztg.)

Aus dem Badischen, den 2. Oktober. Jedermann, von der untersten Schicht bis zur obersten, sieht jetzt ein, daß die Bureaucratie in unserm Staate unhaltbar geworden ist; nirgends findet sie den geringsten Anklang; sie selbst hat das Vertrauen in ihrem wirksamen Bestand verloren — und doch haben wir keine Aussicht, in der Kürze von ihr befreit zu werden. Gegen jeden Vorschlag, welcher darauf abzielt, eine zeitgemäße Reform in dieser Beziehung einzutreten zu lassen, werden so viele Bedenken aufgesucht, daß man endlich sich veranlaßt sieht, Alles beim Alten zu lassen. Vor wenigen Wochen hatte es den Anschein gewonnen, als sollte einmal durch die That der Ernst der Regierung gezeigt und damit ein kleiner Anfang gemacht werden, daß das bürgerliche Element in die obersten Stellen des Landes gezogen werden müsse. Man discutierte in mehreren Sitzungen des Staats-Ministeriums über diese Frage; man war sehr geneigt, darauf einzugehen, und vertrieb sich bereits über einen bekannten talentvollen Mann des Bürgerstandes, der zum Mitglied des Staatsministeriums ernannt werden sollte — doch die Bedenken dagegen siegten abermals, und man gab die Sache wieder auf. Ein solcher precarer Zustand ist aber weit schlimmer, als wenn noch der alte Glanz und die frühere Allmacht der Bureaucratie verliehen wäre; denn sie hatte auch manches Gute, was jetzt verloren geht und eben so muß bei dieser schwankenden Haltung das Ansehen der Regierung Noth leiden. Es wäre daher sehr wünschenswerth, wenn die Regierung endlich zeigen würde, wie weit sie noch ferner auf die Bureaucratie sich zu stützen geneigt ist. (Köln. Z.)

Karlsruhe, den 1. Oktober. Die badische Presse bietet gegenwärtig kein erfreuliches Bild dar. Man ist zwar allgemein herzlich froh darüber, daß die zahlreichen revolutionären Schandblätter zu Grabe getragen sind; allein das Bedürfnis eines unabkömmligen, in edlem Geiste geschriebenen Blattes tritt täglich stärker hervor, da die vorhandenen gerade der nächsten Aufgabe, der Verbesserung der badischen Zustände, nicht die gehörige Aufmerksamkeit schenken. Auch sind wegen des Mangels an getrennen Berichten aus den verschiedenen Landesgegenden die Anarchisten in die Lage versetzt, die nachtheiligsten und lügenhaftesten Gerüchte über die Stimmung und über manche Vorfälle zu verbreiten; bei der leichtgläubigen Masse finden sie damit immer noch ein bereitwilliges Ohr. Meiner Meinung nach sollten die weltlichen und geistlichen Staatsdiener darauf aufmerksam gemacht werden, sich an der Presse in einer andern Weise zu betheiligen, als sie es bisher thaten, wo sie die gehaltenen und nicht gehaltenen Toasten bei hohen Geburtstagen der hiesigen Zeitung einsandten. Die Absicht der Regierung muß dahin gehen, durch Verbreitung gesunder Urtheile auf die öffentliche Meinung einzuwirken; vermöchte der berüchtigte Lehrer Stay mit seinem läugnerischen „Volkührer“ in kurzer Zeit so viel, warum sollte nicht durch die vielen Kräfte, die der Regierung zu Gebote stehen, ein ähnlicher Erfolg, nur in einer anderen Richtung, erzielt werden? (Köln. Z.)

Karlsruhe, den 2. October. Vorgestern Nacht hat sich im benachbarten Bruchsal ein Vorfall ereignet, den in jüngerer Zeit und unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl Niemand für möglich gehalten hätte. Bei fortwährendem erklärten Kriegszustand und Standgericht für das ganze Großherzogthum, in dem Augenblick, wo die bisherigen Besatzungsstruppen erst anfangen, vermindert zu werden, hat man einen Versuch gemacht, die politischen Verurtheilten mit Gewalt aus dem dortigen Zuchthaus zu befreien, was auch wahrscheinlich gelungen wäre, wenn der Stadt-Kommandant (wenn ich nicht irre, der Dragoner-Rittmeister v. Glaubitz) nicht durch seine nie ruhende Wachsamkeit und Aufsicht den Plan noch zu rechter Zeit entdeckt und vereitelt hätte. So viel ich bis jetzt mit Gewissheit davon erfahren konnte, waren zwei Zuchtmaster, welche wegen schlechter Ausführung nächstens entlassen werden sollten, mit im Komplott und sollten bei dem Angriff einer Anzahl Einwohner von Bruchsal auf das Zuchthaus theils diesen, theils den Gefangenenthätige Hülse leisten. Auch vermutet man, daß mehrere von den die Wache bildenden Nassauern im Einverständniß gewesen sein müssen, was jedoch die nähere Untersuchung erst herausstellen muß. Genug — der Angriff auf das Zuchthaus fand statt. — Rittmeister Glaubitz aber ließ sogleich die in der Stadt im Depot befindlichen Dragoner zu Fuß mit Karabinern austreten und nahm nicht nur den größten Theil der angreifenden Civilisten und die zwei Zuchtmaster gefangen, sondern verhinderte auch jedes Entkommen der Züchtlinge. (L. Z.)

Der Großherzog hat folgende Preußische Offiziere, den General-Lieutenant v. Scharnhorst zum Gouverneur, den Major v. Gansauge zum Kommandanten, und den Hauptmann Hoffmann zum Artillerie-Offizier vom Platze der Bundesfestung Rastatt ernannt. (Karlst. Ztg.)

Oesterreich.

Wien, den 3. October. (N. Z.) Heute zog hier unter großem Zulaufe des Volkes der Rest eines Ungarischen Regiments, beinahe aus lauter Chargen bestehend, mit klingendem Spiele durch die Straßen; es ist aber auch der Kern der neu zu bildenden Truppe, indem die noch übrig gebliebene Mannschaft in die Kadres verheilt wird. Das Ungarische Kostüm, das nur selten mehr geschen wird, wirkte auf die Menge mit der alten Anziehungskraft. Gleichzeitig sieht man in der innern Stadt gar sonderbare Gesialten mit weißen Mänteln und kleinen Zuckerhütlchen, deren ursprünglich ebensfalls weiße Farbe unter einer dicken Kruste von Staub und Roth verdickt liegt. Es sind einzelne Mitglieder der Slowakischen Deputation. Das Verhältniß dieses Volksstammes zu den Magyaren bildet die Frage des Tages. Nicht bloß ernste Politiker beschäftigen sich mit ihr, auch der Volkswig findet reichlichen Stoff zu mündlichen und bildlichen Scherzen. Indessen glaubt Niemand mit Ernst an einen Erfolg dieser nationalen Kleinkrämerie; nur in Verbindung mit den Czechen und Slovens

n könnte dieses noch so weit hinter Europäischer Kultur zurückliegende Volk eine Bedeutung erlangen; aber eben dies ist der Punkt, warum ein denkender Staatsmann ihnen dies nicht beilegen darf; Oesterreich, das sich kaum vor den Magyaren gerettet, kann nicht den Slaven sich hingeben, ohne die Beute Russlands zu verlieren. Es gibt, wie sich die äußere Stellung der Oesterreichischen Regierung gegen Deutschland auch immer gestalten mag, nur ein Mittel der Erhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs; es muß nämlich Deutscher Kultur den Eingang in Ungarn, Polen, Kroatien öffnen und ihr das Übergewicht schern. Schon darum ist der neue Unterrichtsplan ein Mißgriff, dessen Bedeutung nicht hoch genug angeschlagen werden kann, weil er der Deutschen Sprache, als dem gemeinsamen Bildungselemente, nicht genug Einfluß schert.

(Const. Bl. a. B.) Man beginnt das tragische Ende Görgy's immer mehr in Zweifel zu ziehen. Ich hatte heute Gelegenheit, Briefe aus Laibach zu sehen, die von Personen herühren, welche sonst in der Mittheilung von Neuigkeiten nicht die legten zu bleiben gewohnt sind. Es geschieht in denselben auch mit einem Sylbe vom Tode des Exoberkommandanten Erwähnung. Vielleicht wird sogar in Einem bemerkt: „Görgy vergräbt sich wieder in die Bücher.“ Es scheint somit durchaus eine Erfahrung der Göttersucht gewesen zu sein, wenn man behauptete, man habe ihn in die Erde vergraben. — Hart, namentlich vom wissenschaftlichen Standpunkte aus erscheint das Verbot des Generals der Kavallerie v. Gorzkowski in Venedig, daß kein auf die Venetianische Revolution Bezug habendes Literarzeugniß ausgeführt oder verkauft werden darf, sondern alles derartige abgeliefert werden soll. Die Revolution von Venedig ist der Geschichte anheimgefallen, und es ist ein unerträglicher Verlust, wenn die auf dies abgeschlossene Fakultät Bezug habenden Dokumente abhanden kommen! Es steht zu hoffen, daß das Gouvernement von Venedig von diesem Standpunkte aus besorgt sein wird, der Wissenschaft zu erhalten, was nunmehr der Wissenschaft gehört.

Tarnow, den 27. Sept. Von den aus Ungarn zurückkehrenden Russischen Truppen, welche in der Stärke von 150,000 Mann den Weg über Tarnow nehmen sollen, sind viele Abtheilungen bereit hier passirt. — Heute trug als Kriegsbeute ein gemeiner Russischer Soldat ein Kopfschild zum Verkaufe herum, an dem sich Perlen von höchst bedeutendem Werthe befanden; man bot ihm dafür schon 16,000 Gl., er wollte es aber nicht hingeben. (Lloyd)

Frankreich.

Paris, den 2. October. Der „Dir Decembre“, das Organ des Glycée sagt: „Es wird mit Bestimmtheit behauptet, daß die Französische Regierung beschlossen habe, ihren alten Verbündeten, die Porte, nicht unterdrücken zu lassen, und daß der Präsident der Republik, treu dem patriotischen Gefühl, dessen glorreiche Fahne sein Name ist, entschlossen sei, freimüthig in die Bahnen der nationalen Würde und Energie einzutreten, welche frühere Regierungen nur während der letzten 35 Jahre vergessen haben.“ — Als Thiers und Molé Arm in Arm zu Fuß aus der National-Versammlung kamen, wurden sie von einigen Gruppen mit lautem Zeichen des Missfallens empfangen. — Es heißt, daß Lamartine den ganzen Winter hindurch nicht in der National-Versammlung erscheinen werde, weil sein Gehirnleiden eine gründliche Kur nötig mache. — Zwei Personen, ein Engländer und eine mit ihm lebende Belgierin, sind als bei dem Banknoten-Diebstahl von 100,000 Fr. betheiligt, verhaftet worden. Der Engländer ward von einem der Bankdienner als einen der drei Männer bezeichnet, die man zur Zeit des Diebstahls in dem Cassenzimmer sah. Ein anderer verdächtiger Engländer ist noch rechtzeitig entwichen. — Die Raubansätze auf offener Straße mehren sich seit Kurzem in beunruhigender Weise. — Die legitimistische „Opinion publique“ äußert in Bezug auf den bekannten Vorschlag Napoleon Bonaparte's, unter den verbaunten Bourbonen sei einer, der keine bloße Person, sondern ein Principe darstelle, und den man daher nicht zurückzufenne könne, ohne auch dieses Principe herzu stellen. Die Republik habe Frankreich nicht vergrößert mit Größe, Freiheit, Ruhm und Wahlfahrt überhäuft, daß dem Grafen von Chambord nichts mehr übrig bleibe, als ruhig nach Frankreich heimzukehren und einen Republikaner mehr abzugeben. (R. Z.)

Bis jetzt fehlen der Nationalversammlung noch 264 Mitglieder; dennoch liegen schon 40 Urlaubsgefaue vor, die jedoch von der betreffenden Kommission bis auf 10 abgewiesen wurden.

Die Presse klagt über Bries-Öffnungen, die sich die Behörden im Departement der Creuse hätten zu Schulden kommen lassen. In Folge dessen seien der Schwiegersohn Pierre Leroux und einer seiner Freunde von Bouffac nach Lyon zu Fuß transportirt und dem Kriegsgericht ausgeliefert worden. Wenn die Regierung sich durch ein Verbrechen die ihr fehlenden Beweise verschafft, dann verschwindet das Verbrechen der Privatpersonen, und man könnte dann mit Grund sagen, es gebe kein Recht gegen das Recht. Die öffentliche Gewalt darf ihr anvertraute Interessen nicht veruntreuen.

Die Assemblee Nationale will wissen, daß zwischen den Französischen Socialisten in London und denen in Paris ein fortwährender Verkehr stattfinde.

Am Montag zeigte sich an den Ufern der Seine zwischen der Porte des Louvre und dem Pont des Arts das Phänomen einer Lustspiegelung (lata morganæ).

Abd-el-Kader ist noch immer im Schlosse von Amboulli. Seine Umgebung, Familie und Gefolge, zählt 90 Personen, nämlich 32 Frauen, 30 Männer und 18 Kinder.

Paris, den 2. October. (Nat. Z.) Ich kann Ihnen die bestimmte Mittheilung machen, daß gestern Abend in einem Ministerium beschlossen worden ist, die Porte moralisch gegen die Fortsetzungen Russlands zu unterstützen und daß in diesem Sinne der Französische Gesandte in Konstantinopel instruiert worden ist. Zwischen hier und London ist jetzt die Türkische Frage der Gegenstand lebhafter Verhandlungen. Man erwartet, daß auch England nur von seiner Forderung abstehen und jedenfalls jetzt nicht in ei-

nem Augenblicke, wo ein Krieg zwischen Russland und der Türkei die ganzen Errungenschaften der Kontrarevolution in Europa in Frage stellen kann, seine Abrechnung mit der Türkei halten wolle. — Der Polnische General Sznayde, welcher bekanntlich bei der Badisch-Pfälzischen Insurrektion kommandierte, hat von dem Gouvernement den Befehl erhalten, sich in das abgelegene, weitliche Departement Frankreichs, in das Departement Morbihan, zu begeben. Wenn man gegen Mieroslawski noch gnädig ist, so wird man ihn auch dahin senden. — Großes Aufsehen erregt ein Vorschlag, den Napoleon Bonaparte, Sohn Jérôme's, gestern dem Präsidenten der National-Versammlung eingebracht hat. Derelbe lautet: „Da die Großmuth, die Hochherzigkeit und die Gerechtigkeit die besten Bundesgenossen sind, um die Republik zu gründen und zu festigen; da man heut zu Tage keine Staatsgründe mehr anrufen kann; da die Gesetze der Verbannung und Gewaltamkeit die Regierungen niemals gerettet haben; so schlägt der Unterzeichnete folgendes Dekret vor: 1) die Gesetze v. 10 April 1832 und vom 26. Mai 1848, welche die Familie der Bourbons verbannen, sind abgeschafft. 2) Das Dekret der konstituierenden Nationalversammlung vom 27. Juni 1848 (die Transportation der Juniusinsurgenten betreffend) ist widerrufen. Die ohne Urtheil deportirten Juniusinsurgenten werden in Freiheit gesetzt werden.“ Der Antrag wurde an den Ausschuss überwiesen.

— Der Moniteur enthält die Dienstentschuldigung des Hauptchirurgen zweiter Klasse am Militair-Hospital zu Toulon Herrn Frebault. „Derselbe beginnt“, sagt der Kriegs-Minister in seinem desförfülligen Berichte an den Präsidenten, „beim Ausbruch der Cholera eine unerhörte Schwäche, indem er sich aus seiner Wohnung im Hospital entfernte, um sich aufs Land zurückzuziehen und den Dienst in den Händen seiner Untergebenen ließ. Er hat seiner unwürdigen Aufführung die Krone aufgesetzt, indem er erklärte, daß er, im Besitz eines Vermögens von 100,000 Fr. und zur Zurückziehung aus dem Dienste berechtigt, gegen seine Familie sträflich handeln würde, falls er durch zu große Ausopferung sein Leben der Gefahr preisgäbe. Um eine so feige Pflichtvergessenheit exemplarisch zu bestrafen, wird Herr Frebault außerdem eine Gefängnishaft von einem Monat bestehen, und das Urtheil wird in einem Tagesbefehl der Armee bekannt gemacht werden.“ Der Minister freut sich, daß dies seige Benehmen eine Ausnahme im Corps der Militair-Arzte ist.

Paris, den 4. Oktober. Der Französischen Regierung soll sehr darum zu thun sein, die Rückkehr des Papstes nach Rom zu erlangen, indem sie der Ansicht sei, Pius IX. werde, den Einflüssen seiner jetzigen Umgebung entzogen, sich nachdrücklicher beweisen.

— Vorgestern fand gleich nach beendigter öffentlicher Sitzung der National-Versammlung eine Zusammenkunft der Mitglieder der Majorität im Palais des Staatsrates statt, wo angeblich vorgeschlagen wurde, dem Ministerium die für die Expedition in Italien verlangten Kredite nur dann zu bewilligen, wenn es die misliebigen Elemente, Dufaure, Passy, Tocqueville &c. aus sich ausgeschieden haben würden. — In den Abtheilungen der National-Versammlung wurden gestern zwei Kommissionen ernannt, welche die von der Regierung begehrten Kredite prüfen sollen. Die Repräsentanten waren zahlreich in den Abtheilungen versammelt. Die beiden Bonaparte versammelt waren, den Erörterungen nicht beiwohnen. Die Kredite wurden durchweg gebilligt, und einige Repräsentanten hielten sogar die geforderten Summen für unzureichend.

— Die mit Prüfung der von der National-Versammlung ausgehenden Anträge beauftragte Kommission berichtet gestern über den

bekannten Vorschlag Napoleon Bonaparte's; nach lebhaften Erörterungen soll sie beschlossen haben, vor einer Beschlussfassung den Urheber des Proscriptions-Gesetzes zu vernehmen.

— Nach der Begründung des ministeriellen Gesetz-Vorschlags über die Transportation der Juni-Insurgenten gestattete das Dekret der Constituante vom 27. Juni der exekutiven Gewalt die Transportation der Insurgenten, die ausgenommen, die als Räderführer und Urheber des Aufstandes vor ein Kriegsgericht gestellt wurden, in einer der überseeischen Besitzungen, Algerien nicht mit eingegangen. Am 25. Oktober 1848 wurde ein Gesetzesvorschlag, der die näheren Bestimmungen des ersten Dekrets enthielt, eingebracht, derselbe konnte jedoch, nachdem er von der betreffenden Kommission geprüft worden, nicht mehr diskutirt werden. Der jetzige Vorschlag ist fast derselbe wie der früher eingebrachte — Derselben, welche, in Folge des letzten Juni-Attentates angeklagt, den Gerichten durch die Flucht entzogen, haben nun von London aus die öffentliche Erklärung gegeben, daß sie sich nicht vor dem obersten Staats-Gerichtshof zu Versailles stellen würden, wie dies gerühtsweise vielfach behauptet wurde. Die Erklärung ist unter Anderen unterzeichnet von Ledru-Rollin, Etienne Arago und Rattier.

— Als Haupturheber des Verbotes der weiteren Aufführung des Drama's „Rom“ wird der päpstliche Nuntius genannt. Der Direktor des Theaters soll gegen den Minister des Innern, weil er die Aufführung genehmigt hatte, auf Entschädigung klagen wollen. Nach anderen Blättern soll das Verbot hauptsächlich auf das Antragen des Erzbischofs von Paris und Changarnier's erfolgt sein. Die Polizei soll auch benachrichtigt worden sein, daß die Klubs, die geheimen Gesellschaften und die Vorsteher d. Arbeiter-Vereine sich vorgestern zum Zwecke einer Demonstration im Theater hatten einzufinden wollen. Das Aergerniß scheint jedoch schon aufhören zu sollen; denn die vierte Vorstellung, welche auf gestern Abend angekündigt war, wurde Nachmittags im Interesse der öffentlichen Ordnung verboten. Die am Vorabend stattgehabte dritte Vorstellung war in Folge zahlreicher Ausmerzungen fast ganz still vorübergegangen. In einem nicht amtlichen Theile enthält der Moniteur heute folgende Erklärung: „Einige Journale hatten angezeigt, daß der Präsident, in Folge der im Elysée getheuenen Schritte von Seiten der Direktoren der Porte St. Martin, die Erlaubniß ertheilt hätte, das „Rom“ betitelte Stück zum zweitenmale aufzuzuführen. Diese Angabe entbehrt jeder Begründung.“ Das Journal des Débats bespricht auch dies Verbot des Stükcs „Rom“. Ohne sich näher darüber auszulassen, inwieweit es die Theaterfreiheit beschränkt wissen will, meint es doch, daß eine unbeschränkte Theaterfreiheit zu den Dingen der Unmöglichkeit gehöre, denn sonst könnte man ja den Präsidenten auf die Bühne bringen, oder ein Drama über den Krieg in Ungarn spielen, in welchem etwa der Kaiser von Österreich vorkäme. Das Journal des Débats wiederholt dabei: es habe die Republik nicht herbeigeführt, also auch nicht ihre Würde gegen die Angriffe der Bühne zu vertheidigen.

Das Beispiel von Griechenland wird ebensfalls angerufen; die persönliche Komödie sei in Athen gewesen, was jetzt der Journalismus; die Obrigkeit sei jedoch eingeschritten und habe dieser Freiheit Schranken gesetzt, die sie nicht zu überschreiten gewagt. Das Evénement behauptet, der Minister des Unterrichts solle vor der Darstellung des Stükcs „Rom“ eine Abschrift desselben gelesen und dem Direktor der Porte St. Martin lebhafte Glückwünsche, ja fast Dankesgaben, überschickt haben. Das Siécle berichtet, die Directoren der Porte St. Martin hätten 50,000 Fr. Auslagen für das Stück „Rom“ gemacht; zwei Pläne des Stükcs seien vor der Aufführung desselben den Ministern des Innern und des Unterrichts zugeschickt worden. Der Minister des Innern selbst solle das Manuscript nicht gelesen haben, sondern einer seiner Beamten, und auf seine Bemerkungen sei mehreres ausgelassen worden. Der Minister des Unterrichts aber habe das Manuscript gelesen. Der Direktor habe erzählt, daß der Herr Falloux ihn habe zu sich kommen lassen und ihm folgendes gesagt hätte: „Herr Direktor, ich bitte Sie, den Verfasser des betitelten Stükcs in meinem Namen zu danken; ihr Stük ist eine gute Handlung.“ Die Angelegenheit soll angeblich auf der Tribüne der Kammer zur Sprache gebracht werden. (St. Anz.)

— Mehrere Repräsentanten wollen einen Vorschlag einreichen, wonach bei jedem Urlaub, der vierzehn Tage überschreitet, dem betreffenden Repräsentanten keine Diäten bezahlt werden sollen.

— Zwei Personen, ein Engländer und eine mit ihm lebende Belgierin, sind, als bei dem Banknoten-Diebstahl von 100,000 Fr. beteiligt verhaftet worden. Der Engländer wurde von einem der Bandenmänner als einer der drei Männer bezeichnet, die man zur Zeit des Diebstahls in dem Kassenzimmer sah. Ein anderer verdächtiger Engländer ist noch rechtzeitig entwichen. (St. Anz.)

Strassburg, den 1. Oktober. Morgen verläßt Brentano mit seinen Freunden und Schicksalsgenossen unsere Stadt und begiebt sich direkt nach Havre. Der Gr.-Dictator von Baden hatte sich hier durchaus nicht über politische Verationen zu beschlagen, wie dies seiner Zeit bei Hecker der Fall war. Brentano erfreut sich einer rüstigen Gesundheit und hofft in America in Ruhe und ohne Störung sich einem neuen Lebensberufe hinzugeben zu können. Er hat die feste Absicht, aller Politik zu entzagen und in dieser Hinsicht seinem Freunde Hecker nachzuahmen. (R. 3.)

Italien.

Rom, den 29. Sept. Die Medaillen, welche an die Hülfs-Truppen des Papstes vertheilt werden, haben die Inschrift: Pius IX. P. M. collatis armis catholicis in suam sedem restitutus anno 1849.

— Die Präsidenten der Provinzen sollen, dem Vernehmen nach, in der Amnestie mitbegriffen sein.

Bologna, den 26. Sept. Heute wurden 17 Toskaner, die der Bande Garibalbi's angehört hatten, unter Begleitung von Garibiniern an die Grenze geführt. Auch wurden 8 Individuen erschossen und 8 andere zu Geldstrafen verurtheilt, weil sie Waffen trugen.

Von der italienischen Grenze, den 3. Oktbr. In Livorno wurden durch besonderen Auftrag aus Florenz, der am 27ten anlangte, die Theater geschlossen. Diese Maßregel hat sehr befremdet, da die Stadt bisher ganz ruhig war und man sonach nicht den Zweck oder nur die Ursache derselben abzusehen vermag.

Großbritannien und Irland.

London, den 2. Oktober. Man kann sich denken, wie hier der Konflikt zwischen Türkei und Russland fast von allen Parteien aufgefaßt wird. Die radikal Journale heißen denselben willkommen als eine neue Gelegenheit, die Niederlagen, welche die Sache der Freiheit auf dem Kontinent erfahren, wieder gut zu machen. Aber auch die gemäßigte „Times“, welche die Intervention Russlands in Ungarn durchaus billigte, tritt jetzt sehr energisch gegen die Ansprüche Russlands auf. „Der Ausgang des Ungarischen Krieges“, sagt sie heute in ihrem leitenden Artikel, „ist von Folgen begleitet, auf die wir ganz unvorbereitet waren, und welche wo nicht den Frieden Europas, so doch wenigstens die freundliche Beziehungen der westlichen Hölle Europas zu dem Hofe von St. Petersburg zu fören drohen. . . .“

Neben das Verfahren Russlands bei dieser Gelegenheit kann nur eine Stimme sein, mag man es nun in seinem Verhältniß zu den Höflichkeits- oder zu den Rechtsgrundlagen der Nationen betrachten. Es tritt beide mit Füßen; es verlegt die bestehenden Normen, nach welchen der Verkehr civilisirter Nationen bisher geführt worden; es gefährdet den Frieden Europas, während es seine Gesetze verlegt. . . . Russland ist stark, und die Pforte ist schwach. Russland fordert in der Absicht, ein serviles Zugeständniß zu erlangen oder einen ungleichen Kampf hervorzurufen. Die Antwort der Pforte war ihrer früheren Größe würdig. Die Sittlichkeit der Moslems beschämte die Lockerheit der christlichen Moral. Die Ungarischen Flüchtlinge sind geschlagene, bestiegene Leute. Als solche haben sie Anspruch auf das Mitleid aller Nationen. Sie sind Fremdlinge, welche die Gastfreundschaft eines Volkes suchen, bei dem die Gastfreundschaft eine religiöser Glaubensartikel ist. Als solche sie im Stich lassen wäre eben sowohl ein Akt der Irreligiosität als der Unmenschlichkeit. Die Pforte will die Verbannten, die sich auf ihren Boden geworfen, nicht ausliefern, selbst nicht dem mächtigen Souverän, der 700,000 Mann ins Feld stellen kann. Obwohl fast aller ihrer Kraft beraubt, von ihrem früheren Glanze fast nur die Traditionen bestehend — im Innern zerissen und von außen bedroht — hält doch die Türkei fest an dem edelsten Artikel ihres Glaubens und hält ihn wie einen Schild über den Hülfslosen und Besiegten gegen den Selbstherrscher des mächtigsten Reiches der Welt. — Und die Macht, die dies thut, ist der Bundesgenosse, der alte Bundesgenosse Englands. Es ist wahr, wir sind nicht immer mit der Redlichkeit oder dem Wohlwollen von Bundesgenossen gegen sie verfahren. Es hat unangenehme Eventualitäten in unsern Beziehungen gegeben, die wir wieder gut zu machen uns beeilen sollten. Sie ist auch der Alliierte Frankreichs. Auch Frankreich hat einen Ruf wieder gut zu machen. Die beiden Länder haben viel davon geschwätzt und geprahlt, daß sie dazu da seien, die Freiheiten und die Civilisation der Welt zu beschützen. Die Zeit ist jetzt gekommen, wo diese Versprechungen erfüllt, diese Prählerien gerechtfertigt werden müssen. Die Frage ist, sollen wir, oder sollen wir nicht, einen alten Bundesgenossen verlassen und uns bei einem Verlangen beruhigen, welches alle Staaten Europas beschimpft? Und wenn wir über die einzuschla-

gende Richtung uns entschieden haben, sollen wir uns mit kleinen Protesten und friedlichen Verhandlungen begnügen? Von unserer Entscheidung und unserem Handeln hängt das unmittelbare Schicksal der Türkei und vielleicht auch die Zukunft Indiens und Englands ab. (Nat. Ztg.)

— Das „Daily news“ erinnert an einen Präcedenzfall, durch den das gegenwärtige Verfahren der Türkei vollkommen geprägt ist. Der Fürst Hangerly, ein Griechischer Rajah, war mit seinem Vater in eine Verschwörung gegen das Leben des Sultans verwickelt. Nachdem die Verschwörung entdeckt worden, flüchteten sich Vater und Sohn nach Russland. Die Pforte verlangte nun die Auslieferung, aber Russland verweigerte sie nicht bloß, sondern es naturalisierte den Fürsten und schickte ihn sogar nach Konstantinopel als ersten Dragoman seiner Gesandtschaft.

— Die R. fr. Pr. enthält in einer Korrespondenz aus folgendes Nähere über denselben Gegenstand: Es hatte sich zur Ehre des vielverleumdeten Türkischen Namens die Volkstimme in Konstantinopel laut gegen die Auslieferung der Flüchtlinge erhoben; der große Rath versammelte sich von neuem, und der Scheit-el-Islam und das ganze Corps der Ulemas erklärten die Auslieferung für eine Verleugnung eines der wichtigsten Gebote des Korans, der da den Gläubigen gebietet, Unglückliche und Flüchtlinge zu beschützen und zu beherbergen, sie mögen Mohammedaner, Heiden, Juden oder Christen sein. Endlich fasste der große Rath den einstimmigen Besluß, die Auslieferung zu verweigern, und der Sultan bestätigte den Besluß. Noch am 16. Abends spät ward der selbe den Russischen und Österreichischen Gesandtschaften mitgetheilt, und das Französische Dampfschiff fuhr deshalb erst am 17. ab. Herr v. Titoff brach darauf alle fernern Verbindungen mit der Pforte ab und untersagte dem Fürsten Radzimil, sich zu der ihm bewilligten Abschiedsaudienz beim Sultan zu begeben, worauf dieser sofort nach St. Petersburg abreiste. Der Name Österreichs ist bei diesen wichtigen Unterhandlungen gar nicht genannt, und wie es scheint von beiden Seiten mit verächtlichem Stillschweigen absichtlich übergangen worden. Sir Stratsford Canning hat sich bei dieser Gelegenheit mit seiner gewöhnlichen Festigkeit benommen. Dieser ausgezeichnete Staatsmann hat bekanntlich einen eigenhümlichen Charakter, in Folge dessen er nicht selten verkannt wird. Er bleibt nämlich bei den allerwichtigsten Angelegenheiten anscheinend lange ganz theilnahmlos, als wäre er in Phlegma versunken; allein plötzlich tritt er mit einer erstaunenswerthen Raschheit und Energie auf und beweist durch seine Maßregeln, daß er im Stillen nicht träumte, sondern dachte, und seine Geisteskräfte für die zu erwartende Krisis konzentrierte.

— In Konstantinopel herrscht allgemeine Besürzung, obgleich nicht Furcht, und es läßt sich nicht leugnen, daß trotz aller Vorbereitungen, auf einen unter allen Umständen unvermeidlichen Krieg mit Russland die Pforte dennoch nicht stark genug gerüstet ist, um den großen Streitkräften der Russen im Norden der Donau eine gleiche Macht gegenüber aufzustellen. Bei Konstantinopel stehen allerdings 60,000 Mann, an der Donau etwa eben so viele, und fast die ganze Flotte liegt wohlgerüstet vor Anker, allein in Sevastopol liegt auch die ganze Russische Flotte und kann in 24 Stunden am Eingange des Bosporus sein. Mit den herrschenden Nordwinden und einem Strom von 4—5 Knoten in der Stunde aus gleicher Richtung kann aber eine Flotte aus dem schwarzen Meere leicht bis Konstantinopel hinaussegeln, sofern die Verschanzungen an beiden Ufern dieses engen Kanals nicht bedeutend genug sind, um den Feind zurückzutreiben. Eine Französische Flotte hat bereits Befehl erhalten, sich nach den Dardanellen zu begeben, und man zweifelt nicht, daß sich die Englische Flotte in Malta ohne Säumnis eben dahin begeben wird. Unglücklicherweise werden mehrere Schiffe ersten Ranges durch den Aufstand in Cephalonien in Anspruch genommen. Hat etwa Russland diesen Aufstand angezettelt? (Nat. Ztg.)

— Der Standard macht auf den Umstand aufmerksam, daß das päpstliche Manifest Frankreichs mit keiner Silbe erwähne, und meint, dieses gesetzentliche Stillschweigen über den Staat, der zunächst die Wiedereinsetzung des Papstes bewirkte habe, sei nicht geeignet, die Differenzen zwischen den beiden Kabinetten zu heilen.

Newyorker Blätter melden: Aus Kalifornien kommen regelmäßigt mit jedem Dampfschiff Goldsendungen nach New-York, und zwar so reichlich, daß sie z. B. an einem Tage eine halbe Million Dollars betragen; man zweifelt wenig daran, daß die zukünftigen Sendungen noch größer sein würden. In verschiedenen Theilen der Goldregion hatte man neue Minen entdeckt; einige der alten waren durch den Fleiß und die Habsucht der Schatzgräber bereits erschöpft worden. Trotz der bisher noch ungeordneten staatlichen Zustände hatten die Bewohner der neuen Republik, deren Mittelpunkt San Francisco bildet, doch schon hinlänglich bewiesen, daß es ihnen an dem ihrer Nation eigenen glücklichen politischen Instinkt nicht fehle. Es waren Unruhen ausgebrochen; eine eigentliche Regierung gab es nicht; an die Einführung von Behörden hatte man noch nicht gedacht, und doch gab sich der Geist der Civilisation dadurch kund, daß die Uebelhäter sogleich ergreiften, vor einen aus dem Stegreif gebildeten Gerichtshof gestellt und zur Strafe gebracht wurden. Auch Wahnen wurden vorgenommen, und zwar ging es dabei mit einer Ruhe und Ordnung zu, welche von den ältesten Staaten Nord-Amerika's nicht übertroffen werden konnte. Der Herald, ein in New-York erscheinendes Journal, meint, jener sogenannte Haufe von Abenteuerern und Landstreichern, welcher die Bevölkerung Kaliforniens bilde und von ganz Europa verachtet werde, zeige mehr Fähigung für die republikanische Staatsform, für die Unterdrückung von Aufständen, Bestrafung der Uebelhäter und für Selbstregierung, als die ihrer Civilisation wegen hochgepriesenen Bewohner von Paris oder irgend einer anderen europäischen Hauptstadt.

— Es soll heute ein Cabinetsrat abgehalten werden, in welchem die Türkische Frage wahrscheinlich Hauptgegenstand der Besprechung sein wird. Welche Beschlüsse die Regierung fassen wird, läßt sich mit Sicherheit natürlich nicht voraussehen; über den Stand der öffentlichen Meinung jedoch kann kein Zweifel obwalten. Wie sich erwarten ließ, hat die Presse aufs Entchiedenste ihre Rüstung über die Haltung Russlands ausgesprochen. Der Krieg ist überhaupt nicht populär in

England, wenn aber irgend ein Krieg, so würde es der mit Russland sein. Uebrigens giebt das Organ Palmerston's sich dem Glauben hin, die Angelegenheit werde sich friedlich lösen. „Wir können uns“, heißt es, „nicht denken, daß Russland unter den gegenwärtigen Verhältnissen in einer solchen Sache dem civilisierten Europa den Handschuh hinwerfen werde.“ Weit stärker als der „Globe“ spricht sich die friedliche „Times“ aus. Ein Europäischer Krieg scheint ihr gar keine ungewöhnliche Folge der gegenwärtigen Verwicklungen; durch Russlands Verfahren wird Billigkeit, hergebrachte Sitte und Humanität mit Güten getreten. Die Pforte ist die alte Bundesgenossen Englands, und wenn auch das freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Mächten manchmal gestört worden ist, wenn England nicht immer redlich gehandelt hat, so sind alte Sünden wieder gut zu machen, und die Türkei hat Anspruch auf den Beistand Englands. Auch Frankreich ist berufen, eine Rolle zu spielen, die es in der Meinung der Welt wieder hebt. Frankreich und England haben beide viel leere Phrasen gemacht über ihre Pflicht, die Freiheit und Civilisation der Welt zu erhalten. Diese Prahlereien müssen jetzt zur Möglichkeit werden. Die „Times“ spricht es offen aus, daß England, im Falle Russlands Feindseligkeiten gegen die Türkei eröffne, dem letzteren Staate mit den Waffen in der Hand zu Hülfe eilen müsse. (K. 3.)

— In London bestehen 3000 Omnibus und Mietkutschen, für welche jährlich mit Einschluß der Meilengebühr 324,000 Pf. St. an Steuer gezahlt werden. Kondukteure und Wagenführer zählte man 7000, welche für ihre Befugnis 1750 Pf. St. an Steuer entrichten.

Spanien.

Madrid, den 26. Sept. Die von Paris kommende Post wurde vorgestern nahe vor unseren Thoren angegriffen und beraubt. (K. 3.)

— Der Präsident des Ministeriums, General Narvaez, ist heute, nach längerem Aufenthalt im Bade, wieder hier eingetroffen. Schon früher hatte er, angeblich in Folge ernster Verwirrungen mit einigen seiner Kollegen, sein Entlassungsgebot eingeholt; die Minister hielten daher gestern eine Versammlung, worin sie beschlossen, der Königin anzurathen, vor der Ankunft des General Narvaez keine Entscheidung zu fällen. Man ist jetzt gespannt, ob derselbe auf seinem Austritt beharren wird. (St. A.)

Schweiz.

Bern, den 29. Oktober. Unter der Emigration in Bern befindet sich auch Louise Tschech, die Tochter des berüchtigten Königsmörders. Bekanntlich wurde sie nach dem Attentat ihres Vaters bei einem Pfarrer in Westphalen untergebracht, dessen Aussicht sie jedoch nach einem zweijährigen Aufenthalte durch die Flucht nach Straßburg sich entzog. Von da begab sie sich nach Zürich, wo sie auf Kosten des alten Istein in eine Pension trat. Da gab sie das berüchtigte Buch über ihren Vater heraus. Durch die Badische Revolution selbst reduziert, mußte ihr Istein vor einigen Monaten die Subsidien entziehen, worauf sie in den Dienst eines anderen Radikalen, nämlich des Anwalts Römis aus Leipzig, trat, um die Erziehung von dessen Kind, welches dem Vater nach Baden und der Schweiz gefolgt, zu leiten. Römis suchte aber bald selbst einen Dienst, den er auch in Waadt als Gärtnergeschäft gefunden, nachdem er noch zuvor sein Kind in dem von Flüchtlingen der ersten Emigration geleiteten Institute zu Wabern (1 Stunde von hier) untergebracht hatte. Die Tschech ist nun wieder vakant und sie bietet jetzt fast jeden Tag in der Berner Zeitung der Welt ihre Dienste an.

Auch die Frau von Robert Blum hat sich, zwar nicht als Flüchtling, doch als Unzufriedene mit ihren beiden Knaben hierher begeben. Doch scheint es ihr in der Schweiz nicht gefallen zu haben, denn die Orationen, welche sie in Deutschland hin und wieder gefunden, blieben in der Schweiz, als eine irrepublikanische Praxis, ihr unerwartet aus. Sie gab daher ihre Söhne in obengenanntes Institut, und kehrte selbst nach Deutschland zurück.

Bern, den 30. September. Mieroslawski ist gezogen worden, noch gestern die Schweiz zu verlassen. Er hat von seinen Landsleuten, die hier inhaftiert sind, einen feierlichen Abschied genommen und ihnen angerathen, sich in der Schweiz so lange wie möglich zu halten. Der Abzug der revolutionären Chefs läßt schon in diesem Augenblick die Schweiz freier aufatmen. Die Stellung der Diplomatie der Regierung gegenüber wird eine freundschaftlichere. (D. Ref.)

Türkei.

(K. 3.) Unsere heutigen Nachrichten gehen wenig über die bisher mitgetheilten hinaus. Die Sprache, welche Fürst Radziwill gegen den Sultan selbst und gegen die türkischen Minister geführt hat, wird als außerordentlich anmaßend geschildert. Er soll geäußert haben, er sei nicht nach Konstantinopel gekommen, um sich mit dem Divan in staatsrechtlichen Erörterungen einzulassen, und es ständen 50,000 Mann bereit, um über die Türkische Grenze zu gehen. Am 17. September sollte er eine Abschieds-Audienz beim Sultan haben; er schlug sie aber aus und verlangte kurzweg ein Ja oder Nein.

Haiti.

Port-au-Prince, den 9. Septbr. (A. Pr. A.) Durch zahlreiche Petitionen veranlaßt, beschlossen der Senat und die Deputirtenkammer in Port-au-Prince am 25. August die Wiederherstellung des Kaiserreichs und die Ernennung des Präsidenten Faustin Sououque, eines Schwarzen, zum Kaiser von Haiti unter dem Namen Faustin's I., welcher Leckere sich denn auch zur Annahme der Wahl bereit erklärte und am 26sten durch eine Proclamation an das Volk denselben seinen Regierungs-Antritt anzeigen, nachdem er zuvor von dem Präsidenten des Senats mit der Kaiserkrone gekrönt worden war. Der neue Kaiser soll bereits eine beträchtliche Anzahl von Grafen, Marquis und Baronen ernannt haben.

Kammer-Verhandlungen.

28ste Sitzung der zweiten Kammer vom 5. October.

Präsident: Graf v. Schwerin. (Eröffnung 11½ Uhr.)

Tagesordnung: 1) Allgemeine Abstimmung über das Amendment der Abg. v. Patow und Genossen; 2) Erläuterung und Beantwortung der Interpellation des Abg. v. Beckerath an das Staatsministerium; 3) Bericht der Commission für Revision der

Verfassung, betreffend den Titel IX., die allgemeinen und die Uebergangs-Bestimmungen.

Am Ministertische: v. Strotha, v. Schleinitz, v. d. Heydt. Abg. v. Beckerath: M. H. Zur näheren Begründung meiner Interpellation werde ich die folgenden drei Punkte erwägen: 1) daß die Errichtung einer provisorischen Centralgewalt, wie sie im Werke ist, als Hindernis des zu bildenden Bundesstaates erscheint; 2) daß die Preußische Regierung nicht verpflichtet ist zur Bildung einer solchen provisorischen Centralgewalt ihre Zustimmung zu geben; 3) daß die feste Durchführung des von der Regierung eingeschlagenen Weges nunmehr entschiedene Schritte zur Einberufung des Reichstages erfordert.

Die beiden bisher bekannt gewordenen Entwürfe zur Bildung einer provisorischen Centralgewalt unterscheiden sich darin, daß der eine die Vereinbarung über den Bundesstaat vorbehält, der andere im Allgemeinen die deutsche Verfassungsangelegenheit der freien Vereinbarung überläßt, daß ferner der eine ein bestimmtes Schiedsgericht einsetzt, der andere es unausgeführt läßt, in welcher Instanz der schiedsrichterliche Ausspruch erfolgen soll. Darin jedoch stimmen sie überein, daß Österreich und Preußen mit je 2 Stimmen die Leitung der Central-Gewalt übernehmen und daß ihre Kompetenz, die, des engeren Rathes der früheren Bundesversammlung seien solle.

Art. XI. der Wiener Schlüsse bestimmt nun aber für den engeren Rath alle die Fälle, wo das Plenum nicht ausdrücklich eintritt. Namentlich ist es als das Organ zur Schließung des Friedens, Annahme von Gesandten, für Auslagen und Beiträge zur Ausführung von Bundesbeschlüssen &c. anzusehen. Welch ein Hemmniss eine Gewalt mit solchen Attributen für den Bundesstaat sein würde, bedarf keiner weiteren Ansführung. Der in dem einen dieser Entwürfe ausgesprochene Vorbehalt über den Bundesstaat kann hiergegen keine Wirkung haben.

Die Regierungen aber, die dem Bunde vom 28. Mai beigetreten sind, können nicht zurücktreten, sie würden sich ihrer Verpflichtung entziehen, die sie im Art. IV. des Bundesstatutes feierlich übernommen haben und ihre Hand zu einer Institution reichen, die keinen andern Zweck haben kann, als das alte System wieder herzustellen. Besonders hat Preußen eine moralische Ehrenpflicht, solche Institution nicht ins Leben treten zu lassen. Die Proklamation des Königs sagt: „Deutschland vertraut der Preußischen Regierung; sein Vertrauen wird nicht getäuscht werden!“ Aber auch das Staatsinteresse Preußens ist hierbei zu erwägen. Schen wir auf die Vergangenheit hinüber. Deutschland war mit Dänemark im Krieg, und sämmtliche Staaten riefen ihre Gesandten ab, Österreich nicht, es stellte auch kein Contingent. Ferner: Es wurde die Errichtung einer Flotte beschlossen, die deutschen Staaten leisteten ihre Matricularbeiträge, mehr oder weniger, Österreich nicht; und dennoch macht es jetzt Ansprüche, die Flotte durch einen Prinzen seines Hauses in seine Hände zu bekommen. In der neuen Institution nun, wie projectirt ist, hat Österreich das Recht, und zwar durch seinen überwiegenden Einfluß, die deutschen Staaten mit fremden Mächten zu entzweien, selbst aber in Frieden zu bleibem. Es hat ferner das Recht, Beiträge auszuschreiben, selbst aber nichts zu zahlen, doch die Institute, die durch die Beiträge eingeschafft sind, für sich in Anspruch zu nehmen. Doch ich mache Österreich keinen Vorwurf deshalb. Weder Österreich noch Preußen können sich einem fremden Willen unterwerfen. Österreichs Bestimmung geht überhaupt nicht auf Deutschland. Ich mache es ihm aber zum Vorwurf, daß es, nachdem es der Lombardie und Ungarn zur Sicherung seiner Existenz ihre Selbstständigkeit genommen, nun auch seinen Arm über Deutschland ausstreckt, und seine Selbstständigkeit gefährden will. (Bravo.)

Der deutsche Bund soll bei der Institution, die die preußische Regierung im Auge hat, bestehen bleiben; die Bundesversammlung aber ist mit ihren Rechten und Pflichten bereits erloschen. Österreich am wenigsten kann die Aufrechterhaltung dieser Bundesversammlung verlangen, da es selber auf ihre Auflösung angebracht hat. (Protokoll der Bundesversammlung vom 4. Juni und die Anrede des Bundestags-Präsidenten an den Reichsverweser.) Die Centralgewalt, welcher die Befugnisse der Bundesversammlung auf Österreichs Antrag übertragen worden sind, hat nach Auflösung der Nationalversammlung keinen rechtlichen Bestand mehr. Es gibt also kein Organ mehr für die alte Bundesversammlung, und die Rechte, Pflichten, die sich an dieselbe knüpfen, sind erloschen. Der Bund aber ist fortbestehen geblieben, und Preußen hat ein Organ dafür wieder schaffen wollen. Es müßte aber eine moralische Pflicht Preußens sein, erst diesen Bundesstaat festzustellen und dann die Verhältnisse derselben zum Bunde regeln.

Österreich ging hierin voran und stellte zuerst diese Ansicht auf (Programm von Kremsler). Es ist vielfach die Rede davon gewesen, daß die Angelegenheit Deutschlands Gegenstand der Verhandlungen eines Europäischen Congresses werden könnten; aber die Bestimmungen der Wiener Tractate können sich nur auf die auswärtigen Verhältnisse Deutschlands beziehen. (Bundesbesluß vom 18. Septbr. 1834, in welchem erklärt wird, daß den Mächten, die die Wiener Tractate unterzeichnet haben, keine Einwirkung auf innere Angelegenheiten zustehe.) Wenn dieser Bundestag, der die Verachtung der Nation auf sich geladen hat, so die Selbstständigkeit Deutschlands wahrte, um so mehr wird sie jetzt gewahrt werden müssen.

Ich komme jetzt auf den dritten Satz. Nach meiner innigen Überzeugung kann zwar die Einberufung der Reichsversammlung nicht so schnell geschehen, daß dadurch die Revision unserer Verfassung gehindert werde — denn erst müssen wir unsere innern Zustände ordnen — aber ich glaube die Feststellung eines Termins kann allein das Misstrauen beseitigen, das sich bereits erhoben hat. Die Ehre schon verpflichtet Preußen zu einem Fortschritt in dieser Sache. Auch die Verbündeten Preußens haben sich nach Art. IV. feierlich verpflichtet, den Bundesstaat in's Werk zu setzen. Sollten dieselben aber trotz dieser ihrer feierlichen Verpflichtung sich zurückzuziehen: wo hlan! der Reichstag vertritt noch immer die große Mehrheit des Deutschen Volks; 25 Millionen Deutsche werden auch dann noch das Vaterland zu der alten Größe und Macht zu erheben suchen, und ihren Brüder mit Freuden die Hand bieten. Die Gründe, die in materieller Hinsicht gegen den Bundesstaat angeführt werden, sind meistens Vorurtheile. Bayern bezahlt 6—7 Millionen Gulden aus den Zolleinnahmen des Zollvereins, es würde ein Drittel verlieren, wenn es mit Österreich sich vereinigte. Außerdem ist für einen Betrag von 7 Millionen Gulden nach Süddeutschland von Österreich aus, mehr eins als

ausgeführt worden, auch dürfte die furchtbare Finanzzerrüttung Österreichs sich auch über Süddeutschland ausdehnen, wenn dasselbe sich so eng an Österreich schließe. Aber die höheren Interessen sind bei weitem wichtiger. Österreich will kein Volkshaus, und es fragt sich, ob in jenen undeutschen Staaten Süddeutschlands nicht so viel Freiheitssinn sich findet, daß es diese Institutionen aufgeben wollte! Doch mögen diese Staaten beschließen, was sie wollen, Preußen muß seine Bahn verfolgen. Im Jahre 1813 standen Bayern und Württemberg mit gewaffneter Hand in den Reihen des Feindes uns gegenüber, und Preußen allein erhob die Fahne für die Deutsche Freiheit. Aber Alle kehrten zu uns zurück und schlugen den Feind über die Grenzen des Landes. Auch jetzt hat Preußen allein mutig und unverdrossen, dann werden sich um diese Fahne Alle scharen. Ich verkenne nicht das Gewicht der Frage, die ich gestellt habe. Es ist die Frage, ob die Verheißen, die dem Deutschen Volke in alter und neuer Zeit gegeben sind, endlich in Erfüllung gehen sollen. Ich würde sie nicht gestellt haben, wenn nicht diese Frage in Millionen Deutschen Herzen lebt, die gespannt auf Antwort harren. Aber das Ministerium des Staats Friedrich des Großen wird sich großen Dingen auch gewachsen zeigen müssen. Das Schicksal des Vaterlands liegt in den Händen unsers Ministeriums, möge es sich so entscheiden, daß seine Entschlüsse zum Heile des Vaterlandes ausschlagen. (Beifall.)

Minister des Auswärtigen: Die Frage über das Central-Organ ist noch Gegenstand einer schwedenden Unterhandlung und daher zur definitiven Mittheilung noch nicht reif, er ist daher nicht im Stande den 1. Theil der Interpellation sogleich zu beantworten. Er beruft sich blos auf die Denkschrift der Regierung vom 26sten August, welche der Kammer zu einem Vertrauensvotum Veranlassung gegeben. Was den Theil 2. betrifft, so kann die Regierung schon jetzt mit aller Entschiedenheit erwiedern, daß sie fest entschlossen ist, auf dem Wege zur Begründung eines Bundesstaates auf Grund des Bündnisses vom 26. Mai fortzuschreiten, und sie kann die Versicherung geben, daß ihre Schritte Erfolg erwarten lassen. In Bezug auf die Anwendung des Wahlgesetzes für einen Reichstag sind bereits Einleitungen getroffen. Der Entwurf einer Geschäftsordnung für den künftigen Reichstag liegt dem Verwaltungsrathe vor, und die Regierung ist festentschlossen, im Schooße der Verwaltungsrathes dahin zu wirken, daß bald eine bestimmte Zeit für die Ausschreibung der Wahlen festgesetzt werde. Über das Resultat der Verhandlungen in Betreff aller Punkte der Interpellation wird die Regierung seiner Zeit der Kammer Mittheilung machen.

Der Präsident geht jetzt auf die Berathung der Verfassung über. Zunächst wird Art. 104. Nr. 1. zur Discussion gestellt. Ein Amendement des Abg. Geers hiezu: statt „Vorstände“ der Provinzen zu sagen: „Vorstände“ der Provinzen.

Minister des Innern: Ein ausführlicher Gesetzentwurf über Provinzial-, Bezirks- und Gemeinde-Verwaltung liegt der ersten Kammer vor. Es ist darin die Anordnung getroffen, daß den Vorständen Deputationen zur Seite stehen. Der Gedanke ist aber, daß diese Deputationen an der Verwaltung nicht unmittelbar Theil drücklich zu bringen.

Abg. Wülfing: Man kann den Gemeinden unmöglich die Befugniss geben, die Mitglieder des Gemeindevorstandes zu wählen, wie es die Ansicht der Commission ist.

Abg. v. Richthofen: Möchte sich in Beziehung auf Altmaria 2 dem Amendement anschließen, welches die Polizei der Gemeinde in die Hand geben will.

Abg. v. Auerswald spricht für den Commissions-Entwurf und vertheidigt denselben gegen die Anführungen des Abg. Wülfing. Die Herren der Rheinprovinz hätten so zu sagen eine wahre Schwärme für alle burokratischen Einrichtungen. Man müsse aber so weit es mit der Kraft der Executive vereinbar sei, so viel wie möglich den Gemeinden überlassen, und so die altgermanischen Institutionen zu Ehre bringen.

Minister des Innern: Die meisten hier zur Sprache gebrachten Fragen, werden bei Berathung der Gemeindeordnung erörtert werden müssen; ich möchte also die Amendements empfehlen, welche die künftige Gesetzegebung nicht zu sehr einschränkt. Als die Verfassung publicirt wurde, galt es ein Pfand der Nation sobald als möglich darzutreten. Daher kam es, daß in der Verfassung Vieles blieb, was nicht nötig drein gehörte. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß es uns nicht Ernst gewesen sei mit der Verfassung. Zum Glück hat dieser Vorwurf im Lande nicht klung gefunden. Nachdem aber die Vorlegung der speziellen Gesetze uns Gelegenheit gab, unsere Ansichten näher darzulegen, scheint es an der Zeit zu sein, die bindenden und beengenden Bestimmungen daraus zu entfernen. Ich glaube, daß man darin kein Zurück gehen wird finden können; wenigstens kann sich die Regierung kein Vorwurf in dieser Hinsicht machen.

Was den vorliegenden Gegenstand betrifft, so ist es schwer, eine Grenze zwischen Orts- und Landespolizei zu ziehen und es ist Abicht der Regierung, noch diesen Kammern einen dahin gehenden speziellen Gesetzentwurf vorzulegen.

Nachdem noch Referent Abg. Camphausen das Wort erhalten, wird das Amendement verworfen und Artikel 104. Nr. 1. angemommen.

Hierauf kommt Art. 104. Nro. 2. und 3. zur Diskussion, zu mehrere Amendements eingebracht und unterstutzt werden, namentlich von Eynern:

Der Nro. 2. des Commissionsantrages hinzuzufügen: „Die Wahl der Gemeindevorstände bedarf der Genehmigung der Staatsregierung in den Fällen, die die Gemeindeordnung bestimmt.“

Abg. Riedel spricht für die Commissionsvorschläge. Die Gemeindeangelegenheit sei lediglich als Privatangelegenheit zu trachten. Die Aufgabe bei der Gemeindegesetzgebung ist die, einen Punkt zu finden, wo der Gemeindevorstand mit der Staatsregierung vereinbart wird. Das Recht der freien Wahl der Gemeinde ist aber überall als das Grundgesetz festzuhalten.

Der Minister des Innern bemerkt, daß die Gemeindeangelegenheiten keine Privatangelegenheiten, sondern daß sie von höchster Interesse für den Staat seien, er verwahre sich also vor den Folgerungen, die aus diesem Satze hergeleitet würden.

Referent Abg. Camphausen erörtert die gestellten Amendements und schließt sich dem des Abg. Eynern und dem Antrage der Commission an.

Nr. 2. wird nach dem Antrage der Commission mit dem (Beilage.)

Amendement des Abgeordneten v. Eynern angenommen. Ebenso wird Nr. 3 nach dem Antrage der Commission angenommen. Nr. 4 bleibt unverändert.

Die Fassung der Commission des 1. Alinea Art. 105 wird angenommen.

Die Berathung geht auf Art. 105 über, lautend: Gesetze und Verordnungen sind nur verbindlich, wenn sie zuvor in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind. Wenn die Kammer nicht versammelt sind, können in dringenden Fällen, unter Verantwortlichkeit des gesamten Staatsministeriums, Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen werden, dieselben sind aber den Kammer bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen.

Aänderungsvorschlag der Commission: Gesetze und Verordnungen sind verbindlich, wenn sie in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind. Dem Art. 60. als drittes Alinea folgenden Zusatz zu geben: „Nur im Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Befestigung eines ungewöhnlichen Notstandes es dringend erfordert, können, insofern die Kammer nicht versammelt sind, unter Verantwortlichkeit des gesamten Staats-Ministeriums, Verordnungen, die den Bestimmungen der Versetzung nicht widersprechen, mit Gesetzeskraft erlassen werden. Dieselben sind aber den Kammer bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen.“

Vom Abg. Broicher ist folgendes Amendement gestellt: 1) daß dem ersten Alinea des Art. 105. folgender Zusatz zu geben sei: „Die Verfassungsmöglichkeit von Gesetzen und Verordnungen kann nur von den Kammer einer Erörterung unterworfen werden.“

Beseler geht auf die Frage ein, ob das Richteramt einer gegebenden Gewalt übergeben werden darf. — Was das Vertrauen betrifft von dem sein Vorredner gesprochen, meint er, es sei seltsam stets das Wort Vertrauen im Mund zu führen, wo es sich handelt einen Rechtsboden für alle Dauer zu schaffen.

Minister des Innern: Was den ersten Theil betrifft, so ist die Verfassungskunde auf denselben Standpunkte wie der Abg. Broicher. Man hat auf England hingewiesen. Bleiben wir doch zunächst beim Vaterland. Wir haben ein ganz bestimmtes Gesetz vom 3. Januar 1815. Wollen wir das Gesetz über den Haufen werfen? Die einfache Frage liegt vor, gereicht es zum Wohl an dem bestehenden hier zu ändern. Erst wenn Sie Gelegenheit zum Misstrauen in die Gerichte haben werden, dann ändert Sie. Der Minister erklärt übrigens das Amendement Broicher nicht für schädlich, aber auch nicht für nötig.

Berichterstatter Camphausen ist nicht der Ansicht, daß die Verfassungskommission auf dem Standpunkt des Abg. Broicher steht, wie der Minister bemerkte hatte. Es handele sich darum, ob bei der Publikation der Gesetze ein constitutioneller Brauch stattfinden soll, der für jeden Gesetzerlaß der Regierung den Vorbehalt der Bestätigung durch die Kammer ausspricht. Minister des Innern berichtet, daß er gesagt, ihm scheine die Verfassungskommission auf dem Standpunkt des Abg. Broicher zu stehen.

Abg. v. Kleist. Zu einer persönlichen Bemerkung. Spricht sich ironisch gegen eine Bemerkung des Abg. Beseler aus, die ihn indirekt betroffen hätte. Wird vom Präsidenten unterbrochen.

Das Amendement des Abg. Broicher wird verworfen.

Die Fassung der Commission der 1. Alinea Art. 105 wird angenommen. Der Präsident schlägt vor die nächste Sitzung auf Dienstag 10 Uhr anzusehen, da verschiedene Anträge eingelaufen, welche die Commission in Anspruch nehmen. Der Antrag wird angenommen.

Schlus der Sitzung 3⁴ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über Revision der Verfassung.

Locales &c.

Posen, den 6. Oktober. Es ist hier zwischen Arbeitern und Soldaten zu Thälichkeit gekommen, weil erstere allein ein Recht auf den Möbel-Transport bei den Umzügen in andere Wohnungen in Anspruch nehmen wollten. Mehrere Arbeiter sollen verhaftet seyn.

Posen, den 8. October. Wegen Schlägereien, die in hiesigen Tanzlokalen zwischen Militär- und Civilpersonen stattgefunden haben, ist — wie wir aus guter Quelle vernehmen — die Anordnung getroffen, daß kein Soldat ohne spezielle Erlaubnis, die nur aus dringenden Gründen ertheilt wird, nach 9 Uhr auf der Straße sein, vielmehr im Betretungsfall sofort von den Patrouillen verhaftet werden soll. Am Sonnabend Abend bemerkte man bereits

meine liebe Frau, Rosina Poppe geborene Ross.
Dies zeigt Freunden und Verwandten, um stille Theilnahme bittend, tief betrübt an der Tischlermeister C. Poppe nebst Kinder und Enkel.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 10. Nachmittag 3 Uhr statt.

Vom 15. October ab werden der Ostsee-Zeitung Berliner Börsenberichte und wichtige politische Nachrichten auf telegraphischem Wege, erstere unmittelbar nach Schluss der Börse, zugehen; unsere Abonnenten im Grossherzogthum Posen erhalten diese Nachrichten mit dem Nachmittagszuge, der am andern Vormittag in Posen eintrifft.

Die Redaction.

So eben erschienen und vorrätig bei Gebr. Scherf in Posen:

F. Nickau's, Neuentdecktes Heilverfahren (Hydro- und Heteropathie) oder modifizierte abgekürzte Kaltwasserkur, vermöge Erzeugung künstlicher und durchaus ungefähr-

mehr zur Aufrechterhaltung dieses Befehls ausgesandte Patrouillen. Wir sehen hieraus, daß es an den Militärbehörden gewiß nicht liegt, wenn Exesse vorkommen.

*+ Bromberg, den 6. Oktober. Wir haben nun seit dem 1. d. Mis. drei Lokalblätter. Interessant war es, daß von dem alten, conservativen Blatt, welches von einer Commission des patriotischen Vereins redigirt wurde, die letzte Nummer mit Beschlag belegt worden ist. Es war darauf nämlich — der Wohnort des Verlegers nicht angegeben. — In gut unterrichteten Kreisen spricht man von der Ziehung der Demarkationslinie, womit dann zugleich die Theilung der Deutschen Kreise der Provinz in 2 Hälften verbunden werden soll. Auch ist es nicht unwahrscheinlich, daß Bromberg selbst der Sitz eines Oberpräsidiums wird. Daß dieses hier lebhafte Interesse erregt, ist um so erklärlicher, da man hier an die Ausführung der Demarkationslinie gar nicht mehr gedacht hat. Auch die Polen, welche hier lange Zeit verschwunden waren, zeigen sich wieder und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie auf die Zukunft irgend welche Hoffnungen gründen. Außer diesen Reorganisations nimmt die Deutsche Angelegenheit die Gemüther lebhaft in Anspruch, wobei über die Oesterreichischen Annexionen nur eine Stimme herrscht. — Die Ernte ist hier ziemlich gut ausgefallen; der Roggen ist sehr vollkörnig, die Kartoffel reichlich. Die in früheren Jahren so nachtheilige Kartoffelkrankheit ist nur an wenigen Stellen, und auch hier nur in geringem Maße, zum Vorschein gekommen. — Von der Cholera hören wir fast nichts mehr; die herannahende Kälte (wir hatten schon zweimal starkes Eis) scheint sie vertrieben zu haben.

R Mixstadt, den 4. Oktober. Ende vor. Mis. ist unsere Landwehr (11. Comp. 19. Landw.-Reg. Krot. Bat.) aus Schleswig-Holstein zurückgekehrt. Die Leute haben ein sauberes, gesittetes und fröhliches Ansehen. Sie sind sehr sparsam gewesen und haben ihre Bedürfnisse äußerst billig oder unentgeltlich befriedigt; Viele sind mit einer Baustaffel, welche nicht selten 20 Thaler ausmacht, versehen und haben dadurch die Freude über ihre Ankunft noch verstößert. Sie rühmen die ausgezeichnete Aufnahme, welche sie in Schleswig-Holstein gefunden haben und werden nicht müde, den Reichthum des Landes und die kostliche Bewirthung, die sie überall genossen haben, zu schildern. Auch die dort herrschende Bildung ist ihnen aufgefallen: „kleine Jungen nahmen uns die Billeds aus den Händen, konnten sie lesen und führten uns nach Hause, wo wir schon Alles zu unsern Empfange vorbereitet und sehr schön eingerichtet fanden.“ „Dort“, rufen sie aus, „lebt ein Bauer besser als hier ein Edelmann!“ Sie sind glücklich, daß sie den Krieg mitgemacht haben, wegen der Kenntnisse und Erfahrungen, welche sie gewonnen haben. Von ihren Offizieren sprechen sie mit Achtung und Liebe. Merkwürdig ist die Veränderung, welche mit ihnen vorgegangen ist: sie haben die Deutschen, ihren Charakter und ihre Wirthschaft achtet gelernt und sind für den König und das Preußische Vaterland begeistert. Mit Stolz und Selbstgefühl sprechen sie jetzt: „Nasz Kröl und Pruski kray“ (*), was sonst nicht vorkam. „Wir werden Ihm immer treu bleiben“, sagen die Landwehrmänner, „und jeden Aufstand, der sich gegen Ihn erhebt, niederschlagen.“ Es ist unglaublich aber wahr, daß Viele die Weisen ihrer Heimath — die Masuren, Märkte und Nationallieder — die ihnen sonst sehr gefielen und die sie sonst häufig sangen, nicht mehr hören wollen; sie singen, so viele Schwierigkeiten ihnen auch die Deutsche Sprache macht: „Schleswig-Holstein meerumschlungen“, und die Dorfmusikanten sangen schon an, die Melodie nachzuspielen.

Theater.

Die Zauberkünste, welche Mr. Prof. Winter am Sonntage den 7. d. dem zahlreich versammelten Publikum vor Augen führte, waren in der That von der Art, daß sie selbst dem Ungläubigsten Zweifel an dem natürlichen Zusammenhang der Dinge und den Glauben einslösen mußten, dem Magier stehen dämonische Ge-walten zu Gebote, mit deren Hülfe er die Gegenstände in den Händen des Zuschauer verwandelt oder auf einer unsichtbaren Luftbahn mit Gedankenschnelle in den Kronleuchter versetzt. Wer, wie er, das halbe Thierreich aus einer modernen Arche ein miniature her-vorgehen, und sogar lebendige Menschen in angemessenem Kostüm aus einem frei stehenden hölzernen Tisch empor wachsen lassen kann, der muß freilich einen unsichtbaren Gehülfe haben, der ihm dient, — Um welchen Preis? das kümmert das Publikum nicht, daher es auch, wie das unselige, nichts besseres thun kann, als das absolut Unbegreifliche anstaunen und beklatschen. Auch die Nebelbil-

*) Unser König — das Preussenland.

der und Farbenspiele erfreuten sich eines reichlichen Beifalls, und nicht minder das gewandte Spiel der Herren Pfuntner und Fischer und des Tel. Clausius in der recht ansprechend aufgeführten Posse „Wer ist mit?“

Verantw. Redakteur: C. H. E. Violet.

Markt-Berichte.

Posen, den 8. Oktober.

Weizen 1 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf. bis 2 Rthlr. 2 Sgr. 3 Pf. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Hafer 14 Sgr. 5 Pf. bis 16 Sgr. 8 Pf. Buchweizen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Kartoffeln 9 Sgr. bis 10 Sgr. Heu der Centner zu 110 Pfund 18 Sgr. bis 22 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfund 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter ein Fäß zu 8 Pf. 1 Rthlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr

Berlin, den 6. Oktober.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 50—55 Rthlr., hochbunter poln. bis 57 Rthlr. Roggen loco und schwimmend 25—27 Rthlr., pr. Oktbr. 25 u. 24¹/₂ Rthlr. verl., Oktbr./Novbr. 25 Rthlr., Novbr./Dez. 25 Rthlr. verl., pr. Frühjahr 26¹/₂ Rthlr. bez. u. Br., 26¹/₂ S. Gerste, große loco 24—25 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14¹/₂—16 Rthlr., pr. Oktbr. 48pf. 15 Rthlr. Br., 14¹/₂ S., 50pf. 16 Rthlr. Br., 15¹/₂ S., pr. Frühjahr 48pf. 16¹/₂ Rthlr. Br., 16 S., 50pf. 17 Rthlr. Br., 16¹/₂ a 16¹/₂ S. Rüböl loco 14¹/₂ Rthlr. bez. u. S., pr. Oktober 14¹/₂ Rthlr. Br., 14¹/₂ a 14¹/₂ Rthlr. bez., Oktbr./Novbr. 14¹/₂ Rthlr. bez. u. Br., 14¹/₂ S., Dezbr./Jan. 14 Rthlr. bez. u. Br., Januar/Februar 14 Rthlr. Br., 13²/₃ S., Februar/März 14 Rthlr. Br., 13²/₃ S., März/April 14¹/₂ Rthlr. Br., 13²/₃ S., April/Mai 13²/₃ Rthlr. Br., 13²/₃ bez. Leinöl loco 12¹/₂ Rthlr. bez., Lieferung pr. Okt.—Dezbr. 12 Rthlr. Br., Mohnöl 15 Rthlr. Hansöl 13¹/₂ Rthlr. Palmöl 12¹/₂ Rthlr. Süßföhren 12 Rthlr.

Spiritus loco ohne Fäß 14¹/₂ Rthlr. verl. u. Br., mit Fäß pr. Oktbr. 13²/₃ Rthlr. Br., 13²/₃ S., Oktbr./Novbr./Dezbr. 13²/₃ Rthlr. Br., 13²/₃ S., pr. Frühjahr 15¹/₂ Rthlr. Br., 15 a 15¹/₂ S., Brennzeit 14¹/₂ Rthlr. Br., 14¹/₂ S.

Berliner Börse.

Den 6. October 1849.	Zinst. Brief. Gold.
Preussische frei. Anleihe	5 88 ¹ / ₂ 88 ¹ / ₂
Staats-Schuldscheine	3 ¹ / ₂ 101 ¹ / ₂ —
Seehandlungs-Prämien-Scheine	3 ¹ / ₂ 86 ¹ / ₂ 85 ³ / ₄
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	5 103 ¹ / ₂ —
Berliner Stadt-Obligationen	3 ¹ / ₂ 90 —
Westpreussische Pfandbriefe	4 — —
Grossh. Posener	3 ¹ / ₂ 89 ¹ / ₂ 89 ¹ / ₂
Ostpreussische	3 ¹ / ₂ 95 ¹ / ₂ 94 ¹ / ₂
Pommersche	3 ¹ / ₂ — 94 ¹ / ₂
Kur- u. Neumärk.	3 ¹ / ₂ 96 —
Schlesische	3 ¹ / ₂ — 94 ¹ / ₂
v. Staat garant. L. B.	3 ¹ / ₂ — —
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	— 99 —
Friedrichsd'or	— 13 ¹ / ₂ 13 ¹ / ₂
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	— 12 ¹ / ₂ 12 ¹ / ₂
Disconto	— — —

Eisenbahn-Aktionen (voll. eingez.)

Berlin-Anhalter A. B.	4 — 91 ¹ / ₂
Prioritäts-	4 — 94
Berlin-Hamburger	4 — 97 ¹ / ₂
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4 61 —
Prior. A. B.	4 — 91
Berlin-Stettiner	5 100 —
Cöln-Mindener	3 ¹ / ₂ 94 94
Prioritäts-	4 ¹ / ₂ 100 —
Magdeburg-Halberstädter	4 83 ¹ / ₂ 83 ¹ / ₂
Niederschles.-Märkische	4 93 ¹ / ₂ 93 ¹ / ₂
Prioritäts-	5 — 102 ¹ / ₂
III. Serie	5 100 ¹ / ₂ —
Ober-Schlesische Litt. A.	3 ¹ / ₂ 106 ¹ / ₂ 106
B.	3 ¹ / ₂ 103 ¹ / ₂ 103 ¹ / ₂
Rheinische	4 80 —
Stamm-Prioritäts-	4 — —
Prioritäts-	4 — —
v. Staat garantirt	3 ¹ / ₂ — —
Thüringer	4 65 ¹ / ₂ —
Stargard-Posener</td	

Wiederholte Auskündigung

Posener $\frac{3}{2}$ prozentiger Pfandbriefe.
Unter Bezugnahme auf unsere Kündigungs-
Bekanntmachung vom 1. Juni d. J. fordern wir
die Inhaber der aufgekündigten, bis jetzt noch nicht
eingelieferten $\frac{3}{2}$ prozentigen Pfandbriefe:

Pfandb. Nr.	Gut.	Kreis.
laut. Amort.		

A. Ueber 1000 Rthlr.

15	5489 Baranowo A. B.	Schildberg
13	2265 Bialez u. Skoraczewo	Kosten
	(Belsch u. Skoraczewo)	
21	758 Chrzan	Wreschen
39	776 dito	dito
1	2841 Gola	Kröben
3	3358 Goluchowo	Pleschen
2	2356 Kiekrz	Posen
5	3415 Kociszewo (Kutschkau)	Neferiz
6	3841 Laszczyn	Kröben
12	5423 Owinsk	Posen
3	1167 Pogrybowo	Adelnau
8	1172 dito	dito
3	2277 Piechanin	Kosten
9	3630 Slaskowo	Kröben
13	3151 Slawno	Czarnikau
2	3661 Wydzierzewice	Schroda
7	5532 Wierzonka	Posen
2	1246 Woniesc vel Wojnice	Kosten

B. Ueber 500 Rthlr.

7	4147 Bialczyce	Wreschen
103	3440 Chwalcowo	Gnesen
10	4270 Chelmno	Samter
8	174 Debicz	Schroda
10	5240 Gorazdowo	Wreschen
18	2514 Gościcewo	Krotoschin
109	5177 Kromolice	dito
20	3886 Kochlowy	Schildberg
26	513 Lubasz	Czarnikau
9	4136 Lubiatowko	Schrimm
9	4482 Lubowice Gross	Gnesen
7	2111 Lawki	Mogilno
17	4467 Myszki	Gnesen
11	2749 Mnichy (München)	Birnbaum
10	4019 Osowiec	Mogilno
9	2421 Obora	Gnesen
11	3556 Otuz	Buk
9	144 Sokolniki Klein	Samter
43	5555 Sowina Kościelna	Pleschen
11	3730 Skoraczewo	dito
70	3911 Woynowice	Buk
36	5425 Wierzonka	Posen

C. Ueber 200 Rthlr.

20	5042 Chludowo	Posen
10	3013 Chlewo	Schildberg
31	2502 Czeszewo	Wongrowitz
8	2615 Czeluscin	Gnesen
33	3443 Dlon vel Dlonie	Kröben
11	2863 Jarogniewice	Kosten
10	3798 Kowalskie vel Kowal-	Schroda
	skiews	
11	3799 dito	dito
28	3861 Kochlowy	Schildberg
61	3731 Laszczyn	Kröben
62	3732 dito	dito
33	2640 Mielzyn	Gnesen
11	3212 Ostrowiecno	Schrimm
32	3609 Ociezsyn	Obornik
11	2815 Psarskie	Samter
12	2479 Strzjewko smykowe	Gnesen
9	5300 Szyplowo	Pleschen
56	5365 Sowina Kościelna	dito
63	2774 Ujazd u. Klein-Lęka	Kosten

D. Ueber 100 Rthlr.

23	1940 Chyno I.	Kröben
65	5470 Ceradz nowy	Samter
23	2283 Doruchowo	Schildberg
37	3345 Gorka duchowna	Kosten
98	1312 Gutowy Gross	Wreschen
50	3652 Goluchowo	Pleschen
20	670 Kowalewo	dito
67	4141 Karsy	dito
43	801 Kruchowo	Mogilno
32	6 Modliszewko	Gnesen
46	4898 Przybylskaw	Wreschen
22	5290 Pamiatkowo	Posen
5	5363 Strzelce	Kröben
31	390 Siedmiorogowo	Krotoschin
24	4134 Skoraczewo	Pleschen
23	5531 Srebrenegorki	Wongrowitz
98	290 Wilkow niemieckie	Fraustadt

E. Ueber 40 Rthlr.

39	3848 Bogwidze u. Kotarby	Pleschen
143	1149 Chrzan	Wreschen
62	3823 Dlon vel Dlonie	Kröben
63	3824 dito	dito
89	4546 Dusina	Schrimm
93	2831 Dzialyn	Gnesen
23	4286 Galewo	Krotoschin
20	3393 Konarzewo	Kröben
35	3653 Krzeszlice	Samter
60	1675 Kasznowo	Schrimm
22	2211 Łag	dito
46	2179 Małachowo	Obornik
30	2944 Ninino	

Pfandb. Nr.	Gut.	Kreis.
laut. Amort.		

F. Ueber 20 Rthlr.

Pfandb. Nr.	Gut.	Kreis.
laut. Amort.		

Pfandb. Nr.	Gut.	Kreis.	Verlo-	Psandb. Nr.	Gut.	Kreis.	Verlo-
laut. Amort.			gungs-	laut. Amort.			gungs-

44	306 Owieczki	Gnesen	48	2492 Jaworowo	Gnesen	Schildberg	48
47	309 dito	dito	46	754 Jaraczewo	Schrimm	Samter	47
52	314 dito	dito	48	3704 Karsy	Pleschen	Krotoschin	48
14	851 Nokossowo	Kröben	41	4431 Karczewo	Gnesen	dito	41
57	81 Stolezyn	Wongrowitz	23	3297 Koszeczyno	Neferiz	dito	48
68	92 dito	dito	24	3298 dito	dito	dito	47
41	2191 Sliwniki	Adelnau	10	2745 Kunowo	Samter	Samter	48
31	1171 Unia	Wreschen	12	3800 Kowalskie	Schroda	J. 48	48
86	3338 Woyciechowo und Lö-	Schrimm	52	3182 Kulinowo	Krotoschin	dito	48
87	wencice	dito	7	1765 Lubonia	Fraustadt	dito	48
18	2937 Wegierskie	Schroda	10	4411 Lubowko	Gnesen	dito	48

7	3069 Murzynowo le-	Sne	7	3069 Murzynowo le-	Sne	Schildberg	48
83	1047 Brodowo	Schroda	20	4008 Popowotomkowe	Gnesen	J. 48	48
68	1761 Bożejewice	Schrimm	160	1803 Pogrzibowo	Adelnau	45	48
57	2567 Chyno I.	Kröben	11	3113 Ruchocino	Gnesen	48	48
58	740 Chwalibogowo	Wreschen	236	1322 Rydzyna	Fraustadt	47	48
114	2103 Dzialyn	Gnesen	240	1326 dito	dito	J. 47	48
37	2217 Gowarzewo	Schroda	6	3658 Sanniki	Schroda	48	48
53	2800 Jurkowo	Kosten	7	3659 dito	dito	dito	48
93	564 Kromolice	Krotoschin	12	385 Tarnowo	Kosten	47	47
70	1621 Krosna	Schrimm	34	3556 Wydzierzewice	Schroda	48	48
43	2418 Koldrb	Wongrowitz	8	997 Wiewiorzyn	Mogilno</		